
Re: Fwd: Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2025: Ihre Positionen zur Familienpolitik

1 message

9 January 2025 at 12:31

[REDACTED]
to: "Christoph Köpernick (VAfK)" <koepernick@vafk.de>

Hallo Herr Köpernick,

die Antworten stammen von unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 und sind somit ganz offizielle Antworten.

Viele Grüße,

[REDACTED]

Am 08.01.2025 um 23:12 schrieb Christoph Köpernick (VAfK):

Hallo Herr [REDACTED],

vielen Dank für Ihre Antworten auf unsere Wahlprüfsteine.

Verstehe ich richtig, dass es sich nicht um die offiziellen Antworten von dieBasis als Ganzes beziehungsweise auf Bundesebene, sondern um Antworten der AG Familie/Arbeit/Soziales Bayern handelt?

Für den Fall, dass wir von dieBasis Bund keine Antworten erhalten, dürften wir dann Ihre Antworten hilfsweise veröffentlichen – mit dem Hinweis, dass diese von der AG Familie/Arbeit/Soziales Bayern stammen?

[REDACTED]

[REDACTED]

Herzliche Grüße
Christoph Köpernick, Mitglied des Bundesvorstandes
koepernick@vafk.de · 0171 - 45 27 999

Väteraufbruch für Kinder e.V. · Herzogstr. 1a, 60528 Frankfurt/M. · VR 14886, Frankfurt/M. · 069 - 1339 6290 · Bundesvorstand: Christoph Köpernick, Markus Koenen, Karsten Rulofs, Kay Stratmann
· www.vaeteraufbruch.de

On Wed, 8 Jan 2025 at 22:52, [REDACTED] wrote:

Sehr geehrter Herr Köpernick,

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Im Anhang wäre die für die Bundestagswahl 2025 gültige Fassung des Wahlprogrammes und die Antworten der Wahlprüfsteine.

Mit freundlichen Grüßen,

[REDACTED]

[REDACTED]

und Sprecher der AG Familie, Arbeit und Soziales Bayern.

Am 08.01.2025 um 00:21 schrieb Christoph Köpernick (VAfK):

FYI

Herzliche Grüße
Christoph Köpernick, Mitglied des Bundesvorstandes
koepernick@vafk.de · 0171 - 45 27 999

Väteraufbruch für Kinder e.V. · Herzogstr. 1a, 60528 Frankfurt/M. · VR 14886,
Frankfurt/M. · 069 - 1339 6290 · Bundesvorstand: Christoph Köpernick, Markus
Koenen, Karsten Rulofs, Kay Stratmann · www.vaeteraufbruch.de

----- Forwarded message -----

From: **Christoph Köpernick (VAfK)** <koepernick@vafk.de>
Date: Wed, 8 Jan 2025 at 00:20
Subject: Re: Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2025: Ihre Positionen zur Familienpolitik
To: <post@diebasis-partei.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Fristende (10. Januar 2025) möchten wir auf Folgendes hinweisen:

Uns liegen erste Stellungnahmen anderer Parteien vor, aber die Parteien CDU, CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Linke haben abschlägig geantwortet (vgl. <https://x.com/koepernick/status/1866221520764142060>, siehe auch:

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/olaf-opitz-klare-kante/wahlpruefsteine-bundestagswahl-absprache>), und halten auch nach unserer Gegenrede daran fest. Dies finden wir sehr bedauerlich.

Angesichts der circa 2,5 Millionen Kinder in Trennungsfamilien und dem entsprechenden Vielfachen direkt betroffener wahlberechtigter Erwachsener (Eltern, Großeltern, weitere Familienangehörige) – sowie der Zahl mittelbar Betroffener und im Lichte des volkswirtschaftlichen Schadens aufgrund des reformbedürftigen Familienrechts – handelt es sich hier auch nicht um eine Randerscheinung.

Anders als vielleicht Alleinerziehenden- oder Frauenverbände legen wir den Schwerpunkt auf eine gemeinsame Elternschaft; sowie machen es ohne wirtschaftlichen Eigennutz, für die Kinder. Uns ist kein derartiger Verband und mit der entsprechenden Größe, wie der unseren, bekannt, welcher sich für eine Lösung für alle der Millionen von Betroffenen einsetzt.

Bitte senden Sie uns Ihre Antworten auf unsere Wahlprüfsteine vom 29. November 2024 bis zum 10. Januar 2025 per E-Mail an koepernick@vafk.de

Herzliche Grüße
Christoph Köpernick, Mitglied des Bundesvorstandes
koepernick@vafk.de · 0171 - 45 27 999

Väteraufbruch für Kinder e.V. · Herzogstr. 1a, 60528 Frankfurt/M. · VR 14886,
Frankfurt/M. · 069 - 1339 6290 · Bundesvorstand: Christoph Köpernick, Markus
Koenen, Karsten Rulofs, Kay Stratmann · www.vaeteraufbruch.de

On Fri, 29 Nov 2024 at 07:40, Christoph Köpernick (VAfK) <koepernick@vafk.de>
wrote:

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 möchten wir als Väteraufbruch für Kinder e.V. die Positionen Ihrer Partei zu zentralen Themen der Familienpolitik, Kinderrechte und Gewaltprävention erfragen.

Unsere Wahlprüfsteine behandeln wesentliche Anliegen von Kindern und Eltern, insbesondere in Trennungsfamilien. Sie decken Themen wie die Förderung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft, Schutz vor Entfremdung und faire finanzielle Regelungen ab. Ihre Antworten sollen Wählern eine fundierte Entscheidungsgrundlage bieten.

Wir bitten Sie höflich um Ihre Stellungnahme zu den folgenden Wahlprüfsteinen:

1. Grundgesetzlicher Schutz von Trennungsfamilien

Erkennt Ihre Partei Trennungsfamilien als Familie im Sinne des Artikel 6 Grundgesetz an und wird sie sich für die Stärkung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft einsetzen, insbesondere in Bezug auf Rechte und Pflichten nach einer Trennung?

2. Wechselmodell als Leitbild

Setzt sich Ihre Partei für die gesetzliche Verankerung des Wechselmodells als Leitbild für Trennungsfamilien ein, um den Kontakt von Kindern zu beiden Elternteilen sicherzustellen, Konflikte zu vermeiden und eine paritätische Betreuung als Regelfall zu fördern?

3. Schutz vor Entfremdung

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kinder besser vor Entfremdung zu schützen? Unterstützen Sie zum Beispiel die Einführung einer Schulbezirksregelung, um den Wegzug eines Elternteils zu erschweren, wenn dieser den Kontakt des Kindes zum anderen Elternteil beeinträchtigen könnte?

4. Strukturelle Reform der Jugendhilfe

Unterstützt Ihre Partei eine umfassende Reform der Jugendämter, um Transparenz, Effizienz und Fachkompetenz zu stärken? Sind Sie für die Einführung einer spezialisierten Abteilung für Trennungsfamilien mit qualifizierten Mitarbeitern, um eine bessere Unterstützung für betroffene Kinder und Eltern zu gewährleisten?

5. Reform des Unterhaltsrechts

Welche Schritte plant Ihre Partei, um das Unterhaltsrecht so zu reformieren, dass

finanzielle Verantwortung und Betreuungsleistungen beider Elternteile gleichermaßen anerkannt werden? Wie werden Sie Fehlanreize vermeiden, die dazu führen, dass ein Elternteil bewusst aus der gemeinsamen Betreuung ausgeschlossen wird? Ziel ist eine faire Aufteilung der elterlichen Verantwortung, um das Wohl der Kinder zu gewährleisten.

6. Effiziente und faire Familiengerichtsbarkeit

Wie steht Ihre Partei dazu, kindschaftsrechtliche Verfahren effizienter und stärker auf eine Konkordanz der Grundrechtspositionen des Kindes und seiner Eltern auszurichten? Welche Reformen plant Ihre Partei, um Konflikte im Vorfeld zu vermeiden, frühzeitig zu entschärfen und die Entscheidungsfindung in familiengerichtlichen Verfahren zu verbessern? Unterstützen Sie eine echte Fortbildungspflicht für Familienrichter?

7. Kindergeld und Unterstützungsleistungen

Wie steht Ihre Partei dazu, Kindergeld und Unterstützungsleistungen fair zu verteilen und zugleich das Melderecht so anzupassen, dass Kinder in Trennungsfamilien gleichwertig in beiden Haushalten gemeldet werden können, um ihre Bindungen zu beiden Elternteilen besser zu berücksichtigen und statistisch abzubilden?

8. Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Vätern und Müttern gleichberechtigten Zugang zu einer Familienstartzeit sowie berufliche Flexibilität zu ermöglichen, um auch eine getrennte Elternschaft und frühe Bindung des Kindes zu Mutter und Vater gleichermaßen zu fördern?

9. Prävention von und Schutz vor Gewalt

Gewalt hat viele Gesichter – von psychischer über sexuelle bis hin zu körperlicher Gewalt. Insbesondere psychische Gewalt, wie die Entfremdung und Isolierung des Kindes vom anderen Elternteil, bleiben oft unbeachtet. Unterstützt Ihre Partei eine geschlechterneutrale Gewaltprävention, die alle Formen von Gewalt einbezieht, sowie den Ausbau von Schutzangeboten für Männer, Frauen und Kinder?

10. Aufbau auf bestehender Vorarbeit und Abkehr von schädlichen Narrativen

Das Bundesjustizministerium hatte im Oktober 2024 Referentenentwürfe für Reformen im Abstammungs-, Kindschafts- und Unterhaltsrecht versandt. Diese Entwürfe enthalten erste Ansätze, um den veränderten Anforderungen moderner Familienstrukturen gerecht zu werden und die Rechte von Kindern sowie beider Elternteile besser zu berücksichtigen.

Während Fortschritte wie die automatische gemeinsame Sorge für unverheiratete Eltern, die Erwähnung des Wechselmodells oder die Anpassung des Unterhaltsrechts positiv zu bewerten sind, bleiben wesentliche Fragen unbeantwortet. Dazu zählen insbesondere die Förderung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft, die konsequente Vermeidung von Entfremdung sowie die Abkehr von überholten Narrativen, die die Elternschaft nach Trennung auf einen Elternteil reduzieren.

1. Wie wird Ihre Partei auf der bestehenden Vorarbeit des Bundesjustizministeriums aufbauen, um die Rechte und Bedürfnisse von Kindern und beiden Elternteilen nach einer Trennung gleichermaßen zu stärken?
2. Welche weiteren Reformen plant Ihre Partei, um eine gleichberechtigte Elternschaft nach Trennung zu fördern und Fehlanreize zu beseitigen, die zur Ausgrenzung eines Elternteils führen können?
3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um vorrangig die gemeinsame Elternschaft auch nach Trennung in den Fokus zu rücken und eine kooperative Elternschaft als Leitbild in Gesetz und Praxis zu ermöglichen?

Bitte senden Sie uns Ihre Antworten bis zum **10. Januar 2025** per E-Mail an koepernick@vafk.de

Wir schreiben die Parteien an, die bei der Bundestagswahl 2021 mindestens 1 % der Zweitstimmen erhielten oder bei der Bundestagswahl 2025 nach aktuellen Umfragen die Chance auf mindestens 1 % der Zweitstimmen hätten.

Ihre Antworten werden wir dokumentieren und veröffentlichen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir danken Ihnen im Voraus für Ihre Zeit und Mühe.

Über den Verband

Der Väteraufbruch für Kinder e.V. (VAfK) ist der mitgliederstärkste, bundesweit vertretene Interessenverband für von Kindern getrennt lebende Eltern und Vätereinziehung. Er vertritt 4.000 Mitglieder in rund 100 lokalen Gesprächskreisen, Kontaktstellen und Kreisvereinen, darunter etwa 10 % Frauen.

Warum das wichtig ist

Die Menschen im VAfK verbindet, dass ihnen, ihren Kindern oder ihren Liebsten Schlimmes widerfahren ist oder widerfährt oder sie andere davor bewahren wollen. Sie stehen stellvertretend für die schätzungsweise 200.000 jährlich neu Betroffenen [Annahme: 3 Betroffene (1 Kind, 2 Angehörige) je Kontaktabbruch, vgl. Baumann et al., ZKJ 2022, 245].

Ziel des seit dem Jahr 1988 aktiven VAfK ist es, das Aufwachsen von Kindern in ihren Familien durch ein verstärktes Engagement ihrer Väter und durch kooperative Elternschaft, insbesondere nach Trennung und Scheidung, nachhaltig zu verbessern.

Der VAfK versteht sich als Verein für Kinderrechte, als Familien- und Elternverband und als Organisation, die eine fürsorgende und liebevolle Beziehung beider Eltern zu ihren Kindern stärkt sowie für die Gleichstellung von Müttern und Vätern eintritt.

Mitglied werden oder spenden

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nur 60 € im Jahr. Weitere Familienmitglieder zahlen nur 30 €. Der VAfK ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und auf Spenden angewiesen, um seine Öffentlichkeitsarbeit und Beratungsangebote vor Ort leisten zu können.

Der VAfK toleriert keine extremistischen Tendenzen – weder von links noch rechts. Er ist ein Antidiskriminierungsverband und ist im deutschen Lobbyregister eingetragen.

Herzliche Grüße

Christoph Köpernick, Mitglied des Bundesvorstandes

koepernick@vafk.de · 0171 - 45 27 999

Väteraufbruch für Kinder e.V. · Herzogstr. 1a, 60528 Frankfurt/M. · VR 14886, Frankfurt/M. · 069 - 1339 6290 · Bundesvorstand: Christoph Köpernick, Markus Koenen, Karsten Rulofs, Kay Stratmann · www.vaeteraufbruch.de

--

Liebe Grüße,

████████████████████

Sprecher der AG Familie/Arbeit/Soziales Bayern

--

Liebe Grüße,

████████████████████

Sprecher der AG Familie/Arbeit/Soziales Bayern

1. Grundgesetzlicher Schutz von Trennungsfamilien

Erkennt Ihre Partei Trennungsfamilien als Familie im Sinne des Artikel 6 Grundgesetz an und wird sie sich für die Stärkung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft einsetzen, insbesondere in Bezug auf Rechte und Pflichten nach einer Trennung?

-> Im Falle einer Trennung der Eltern muss darauf geachtet werden, dass die Kinder nicht übermäßig leiden und nicht einem Elternteil entfremdet werden. Der Kontakt zu beiden Eltern ist für die Kinder wichtig. Daher haben die Eltern auch im Trennungsfall die gleichen Rechte und Pflichten

2. Wechselmodell als Leitbild

Setzt sich Ihre Partei für die gesetzliche Verankerung des Wechselmodells als Leitbild für Trennungsfamilien ein, um den Kontakt von Kindern zu beiden Elternteilen sicherzustellen, Konflikte zu vermeiden und eine paritätische Betreuung als Regelfall zu fördern?

-> siehe Punkt 1. Jeder Trennungsfall ist einzeln zu betrachten. Die sofortige Umsetzung von Europaratresolution 2079 sieht derzeit nur die Basis Bayern als Ziel.

3. Schutz vor Entfremdung

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kinder besser vor Entfremdung zu schützen? Unterstützen Sie zum Beispiel die Einführung einer Schulbezirksregelung, um den Wegzug eines Elternteils zu erschweren, wenn dieser den Kontakt des Kindes zum anderen Elternteil beeinträchtigen könnte?

-> siehe Punkt 1. Beide Eltern haben die gleichen Rechte und Pflichten - auch nach einer Trennung. Es ist im Einzelfall zu entscheiden.

4. Strukturelle Reform der Jugendhilfe

Unterstützt Ihre Partei eine umfassende Reform der Jugendämter, um Transparenz, Effizienz und Fachkompetenz zu stärken? Sind Sie für die Einführung einer spezialisierten Abteilung für Trennungsfamilien mit qualifizierten Mitarbeitern, um eine bessere Unterstützung für betroffene Kinder und Eltern zu gewährleisten?

-> Die rechtliche Rolle von Familiengerichten und Jugendämtern muss neu bewertet werden. Deutsche Jugendämter sind weltweit führend bei den Inobhutnahmen von Kindern. Wir fordern eine Überprüfung dieser Kindesentnahmen durch ein unabhängiges und nicht staatliches Gremium. Dieses Gremium sollte auch Pflegefamilien und Adoptionen näher beleuchten, ob bei der Vermittlung Kinderhandel vorliegt und ob sie dem Wohl des Kindes entsprechen.

Da es keine verbindliche Definition dafür gibt, was man unter dem „Kindeswohl“ zu verstehen hat, fordern wir eine klare Beschreibung dafür, die dann gesetzlich niedergeschrieben sein soll. Auch Schulen und andere Betreuungseinrichtungen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie dem Kindeswohl gerecht werden.

5. Reform des Unterhaltsrechts

Welche Schritte plant Ihre Partei, um das Unterhaltsrecht so zu reformieren, dass finanzielle Verantwortung und Betreuungsleistungen beider Elternteile gleichermaßen anerkannt werden? Wie werden Sie Fehlanreize vermeiden, die dazu führen, dass ein Elternteil bewusst aus der gemeinsamen Betreuung ausgeschlossen wird? Ziel ist eine faire Aufteilung der elterlichen Verantwortung, um das Wohl der Kinder zu gewährleisten.

->siehe Frage 1. Beide Eltern haben die gleichen Rechte und Pflichten. Dies gilt sowohl für Unterhaltsregelungen wie Umgangsregelungen.

6. Effiziente und faire Familiengerichtsbarkeit

Wie steht Ihre Partei dazu, kindschaftsrechtliche Verfahren effizienter und stärker auf eine Konkordanz der Grundrechtspositionen des Kindes und seiner Eltern auszurichten? Welche Reformen plant Ihre Partei, um Konflikte im Vorfeld zu vermeiden, frühzeitig zu entschärfen und die Entscheidungsfindung in familiengerichtlichen Verfahren zu verbessern? Unterstützen Sie eine echte Fortbildungspflicht für Familienrichter?

-> Da es keine verbindliche Definition dafür gibt, was man unter dem „Kindeswohl“ zu verstehen hat, fordern wir eine klare Beschreibung dafür, die dann gesetzlich niedergeschrieben sein soll. Auch Schulen und andere Betreuungseinrichtungen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie dem Kindeswohl gerecht werden.

7. Kindergeld und Unterstützungsleistungen

Wie steht Ihre Partei dazu, Kindergeld und Unterstützungsleistungen fair zu verteilen und zugleich das Melderecht so anzupassen, dass Kinder in Trennungsfamilien gleichwertig in beiden Haushalten gemeldet werden können, um ihre Bindungen zu beiden Elternteilen besser zu berücksichtigen und statistisch abzubilden?

->dieBasis setzt sich dafür ein, dass beide Eltern gleichermaßen unterstützt werden. Um Familie und Arbeit miteinander vereinbaren zu können, sollen sowohl die Mutter als auch der Vater Anspruch auf Teilzeitarbeit (max. 30 Wochenstunden) haben. Die aktuelle Elternzeitregelung sollte beibehalten und weiter staatlich gefördert werden.

8. Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Vätern und Müttern gleichberechtigten Zugang zu einer Familienstartzeit sowie berufliche Flexibilität zu ermöglichen, um auch eine getrennte Elternschaft und frühe Bindung des Kindes zu Mutter und Vater gleichermaßen zu fördern?

-> siehe Frage 7. dieBasis setzt sich dafür ein, dass beide Eltern gleichermaßen unterstützt werden. Um Familie und Arbeit miteinander vereinbaren zu können, sollen sowohl die Mutter als auch der Vater Anspruch auf Teilzeitarbeit (max. 30 Wochenstunden) haben. Die aktuelle Elternzeitregelung sollte beibehalten und weiter staatlich gefördert werden.

9. Prävention von und Schutz vor Gewalt

Gewalt hat viele Gesichter – von psychischer über sexuelle bis hin zu körperlicher Gewalt. Insbesondere psychische Gewalt, wie die Entfremdung und Isolierung des Kindes vom anderen Elternteil, bleiben oft unbeachtet. Unterstützt Ihre Partei eine geschlechterneutrale Gewaltprävention, die alle Formen von Gewalt einbezieht, sowie den Ausbau von Schutzangeboten für Männer, Frauen und Kinder?

->Physische wie psychische Gewalt betrifft alle Menschen gleichermaßen. Daher sind Gewaltschutzwohnungen für alle Menschen zur Verfügung zu stellen und zu betreiben. Mit entsprechender neutraler Aufklärungsarbeit und Gewaltprävention ist bereits in der Schule zu beginnen.

10. Aufbau auf bestehender Vorarbeit und Abkehr von schädlichen Narrativen

Das Bundesjustizministerium hatte im Oktober 2024 Referentenentwürfe für Reformen im Abstammungs-, Kindschafts- und Unterhaltsrecht versandt. Diese Entwürfe enthalten erste Ansätze, um den veränderten Anforderungen moderner Familienstrukturen gerecht zu werden und die Rechte von Kindern sowie beider Elternteile besser zu berücksichtigen.

Während Fortschritte wie die automatische gemeinsame Sorge für unverheiratete Eltern, die Erwähnung des Wechselmodells oder die Anpassung des Unterhaltsrechts positiv zu bewerten sind, bleiben wesentliche Fragen unbeantwortet. Dazu zählen insbesondere die Förderung einer gleichermaßen verpflichteten Elternschaft, die konsequente Vermeidung von Entfremdung sowie die Abkehr von überholten Narrativen, die die Elternschaft nach Trennung auf einen Elternteil reduzieren.

1. Wie wird Ihre Partei auf der bestehenden Vorarbeit des Bundesjustizministeriums aufbauen, um die Rechte und Bedürfnisse von Kindern und beiden Elternteilen nach einer Trennung gleichermaßen zu stärken?
2. Welche weiteren Reformen plant Ihre Partei, um eine gleichberechtigte Elternschaft nach Trennung zu fördern und Fehlanreize zu beseitigen, die zur Ausgrenzung eines Elternteils führen können?
3. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um vorrangig die gemeinsame Elternschaft auch nach Trennung in den Fokus zu rücken und eine kooperative Elternschaft als Leitbild in Gesetz und Praxis zu ermöglichen?

-> Wenn Väter- und Mütterverbände endlich auf Augenhöhe und gleichberechtigt bereit sind, solche Problematiken zu besprechen und nicht auf dem Rücken der Kinder auszufeuchten, bedarf es keiner parteilichen Einmischung. Alle vergangenen Regierungen haben stets einseitig finanzielle Fehlanreize geschaffen. Diese sind abzuschaffen.

Väter- und Mütterverbände und andere Interessensgruppierungen werden von der staatlichen Finanzierung und der Finanzierung durch regierungsnahe Stiftungen wieder herausgenommen und dürfen keine politische Entscheidungskompetenz haben.

Weiterhin sind die Fragen bereits in Punkt 1 behandelt: Der Kontakt zu beiden Eltern ist für die Kinder wichtig. Daher haben die Eltern auch im Trennungsfall die gleichen Rechte und Pflichten. Ausnahmen sind eindeutig nachweisbare körperliche oder psychische Gewalt oder sexuelle Übergriffe.

Weiterhin:

dieBasis stellt sich gegen Diskriminierung. Kein Mensch darf aufgrund seines biologischen Geschlechts benachteiligt werden. Somit sind alle Quotenregelungen umgehend abzuschaffen.

Wir wollen die Spaltung der Gesellschaft über das biologische Geschlecht beenden. Für uns haben Grammatik und Biologie nichts miteinander zu tun. Daher lehnen wir die sog. „Gendersprache“ sowie Gender- bzw. Geschlechterstudien ab.

Ebenso: Das Selbstbestimmungsgesetz aus dem Jahr 2024 ("Geschlechtsänderung ab 14 Jahren auch gegen den Willen der Eltern ist durch einfach Erklärung beim Standesamt möglich") ist unverzüglich zu annullieren.

Bewusstsein schaffen für eine generationsübergreifende, gerechte Gesellschaft

Das Kennzeichen einer Familie ist das Zusammenleben mehrerer Generationen mit einer oftmals tiefen emotionalen Bindung untereinander. Sie ist der geschützte Rahmen, in dem Kinder aufwachsen können und sollen. Wir wollen das Bewusstsein schaffen für eine generationsübergreifende und gerechte Gesellschaft.

dieBasis begrüßt es, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedenen Alters in größeren Gruppen miteinander oder beieinander leben und sich gegenseitig unterstützen. Daher fördert sie generationsübergreifendes Wohnen und Leben, sowohl finanziell als auch rechtlich.

Eltern und Kinder

Die Familie ist besonders schützenswert. In Artikel 6 des Grundgesetzes heißt es: „Die Pflege und Erziehung der Kinder ist das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“ dieBasis strebt an, gute Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass die Familien zusammen bleiben.

Für Väter und Mütter muss die Erziehung der Kinder wieder ein wesentlicher Inhalt im Familienalltag werden. Den Kindern einen sicheren Rahmen zu bieten, sie mit der Natur und ihrem Umfeld vertraut zu machen und soziales Verhalten zu fördern, ist die Aufgabe der Eltern und weniger die des Staates.

Die Erziehung darf nicht vollständig den beruflichen Karrieren geopfert werden, da es den Kindern nachhaltig schaden würde. Jedes Kind braucht die emotionale Bindung zu den Eltern.

Das Selbstbestimmungsgesetz aus dem Jahr 2024 ("Geschlechtsänderung ab 14 Jahren auch gegen den Willen der Eltern ist durch einfach Erklärung beim Standesamt möglich") ist unverzüglich zu annullieren. Jugendliche befinden sich in einer sensiblen Lebensphase, in der unumkehrbare falsche Entscheidungen verhängnisvoll sein können.

dieBasis setzt sich dafür ein, dass beide Eltern gleichermaßen unterstützt werden. Um Familie und Arbeit miteinander vereinbaren zu können, sollen sowohl die Mutter als auch der Vater Anspruch auf Teilzeitarbeit (max. 30 Wochenstunden) haben. Die aktuelle Elternzeitregelung sollte beibehalten und weiter staatlich gefördert werden.

Als weitere Maßnahme der Familienförderung befürworten wir, dass Kinder an Schulen mit Ganztagsunterricht generell kostenloses Mittagessen erhalten, welches aus regionalen und saisonalen Produkten zubereitet wird. Eine verpflichtende Ganztagsbetreuung soll es aber nicht geben. Sport, Musik und andere freizeitmäßige Bildungsaktivitäten außerhalb der Schule sollen jedem Kind sowohl zeitlich als auch finanziell ermöglicht werden.

Im Falle einer Trennung der Eltern muss darauf geachtet werden, dass die Kinder nicht übermäßig leiden und nicht einem Elternteil entfremdet werden. Der Kontakt zu beiden Eltern ist für die Kinder wichtig. Daher haben die Eltern auch im Trennungsfall die gleichen Rechte und Pflichten. Ausnahmen sind eindeutig nachweisbare körperliche oder psychische Gewalt oder sexuelle Übergriffe.

Väter- und Mütterverbände und andere Interessensgruppierungen werden von der staatlichen Finanzierung und der Finanzierung durch regierungsnahe Stiftungen wieder herausgenommen und dürfen keine politische Entscheidungskompetenz haben.

Die rechtliche Rolle von Familiengerichten und Jugendämtern muss neu bewertet werden. Deutsche Jugendämter sind weltweit führend bei den Inobhutnahmen von Kindern. Wir fordern eine Überprüfung dieser Kindesentnahmen durch ein unabhängiges und nicht staatliches Gremium. Dieses Gremium sollte auch Pflegefamilien und Adoptionen näher beleuchten, ob bei der Vermittlung Kinderhandel vorliegt und ob sie dem Wohl des Kindes entsprechen.

Da es keine verbindliche Definition dafür gibt, was man unter dem „Kindeswohl“ zu verstehen hat, fordern wir eine klare Beschreibung dafür, die dann gesetzlich niedergeschrieben sein soll. Auch Schulen und andere Betreuungseinrichtungen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie dem Kindeswohl gerecht werden.

Jugend

Unsere Jugend wird uns eines Tages nachfolgen. Somit ist es von dringlichster Notwendigkeit, die Jugend vor Schaden in allen Bereichen zu bewahren. Die von den Coronamaßnahmen traumatisierte Jugend

braucht unsere politische Hilfe, damit ein verpflichtendes Maskentragen an Schulen und eine Nötigung zu medizinischen Tests oder Impfungen nie wieder vorkommt. Art 1 und 2 GG (die Würde des Menschen und die körperliche Unversehrtheit) sind ohne Einschränkung umzusetzen genauso wie die anderen Grundrechte.

Eine übermäßige Nutzung von Mobiltelefon und Internet führt zur Entfremdung des Jugendlichen von der Umgebung, der Natur und den Mitmenschen. Nicht nur die Inhalte der Medien sind es, die den Jugendlichen schaden können, sondern auch die gepulste Hochfrequenzstrahlung ihrer Geräte, die oft zu Konzentrationsstörungen führt. dieBasis möchte dafür werben, maßvoll mit den Medien umzugehen und die Jugend zu mehr direktem Kontakt zu ermutigen.

Um die Kreativität jenseits der digitalen Welt zu fördern, bedarf es vielfältiger Freizeitangebote wie Sportvereine, offene Werkstätten, Jugendgruppen und weitere soziale Kontakte. Diese sind, wie auch die Bildungseinrichtungen, neben den Eltern dafür verantwortlich, den Jugendlichen eine friedfertige und gewaltfreie Kommunikation sowie gegenseitigen Respekt zu vermitteln.

Es ist das Recht der Jugend, Kritik an bestehenden Verhältnissen zu üben und neue Ideen in die Gesellschaft einzubringen.

Senioren

Senioren werden von der Politik und der Gesellschaft oft aufs "Abstellgleis" geschoben. Dabei verfügen sie über die deutlich größere Lebenserfahrung und jahrzehntelange Fachkenntnisse sowie Berufserfahrung. Genau diese Erfahrungen und dieses Wissen, welche im Moment keinen Platz in unserer Politik und Gesellschaft haben, können eben diese um wichtige Aspekte und Bereiche erweitern.

Die Rente der Senioren muss für ein würdevolles Leben reichen! Gesetzliche Renten sind von allen Abgaben zu befreien. dieBasis fordert darüber hinaus eine deutlich stärkere Unterstützung bei der häuslichen Pflege und beim generationsübergreifenden Zusammenleben.

Insbesondere Senioren haben ein Recht auf ein analoges Leben. Analoge Strukturen in Banken, Behörden, öffentlichen Verkehrsmitteln, Supermärkten etc. müssen dies ermöglichen.

Laut Grundgesetz Art 1 ist die Würde des Menschen unantastbar. Somit müssen alle Menschen auch in Würde altern und sterben können. Dabei sollte Senioren die höchste Wertschätzung entgegen gebracht werden, da sie die Grundlagen unserer momentanen Gesellschaft gebildet haben. Die häusliche Pflege soll in besonderer Weise unterstützt werden. Werden die Senioren in Pflegeeinrichtungen untergebracht, so haben sie ein Recht auf ihre Privatsphäre und müssen in Würde und Selbstbestimmung leben können. Die Pflegeeinrichtungen sind der Marktkapitalisierung zu entziehen und vorrangig staatlich zu finanzieren.

Eine künstliche Lebensverlängerung um jeden Preis ist kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang wird auch das Thema Sterbehilfe gesellschaftlich diskutiert und neu bewertet. Patientenverfügungen müssen rechtlich bindend sein, es sei denn, der Patient selbst trifft eine andere Entscheidung.